

# Soziales, Sicherheit

## Armutsgefährdung 2019 höher als in den Vorjahren

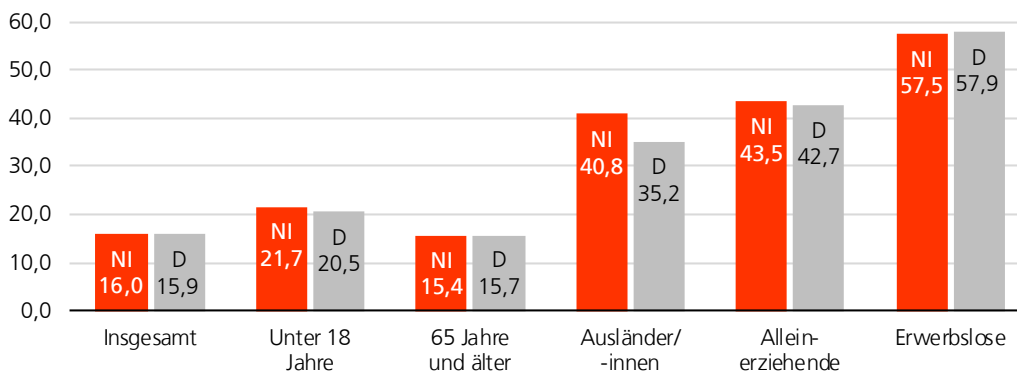
## Armutsgefährdungsquote

T66

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2019 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1 049 Euro, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 203 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1 364 Euro.

In Niedersachsen lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2019 bei 16,0 %. Damit waren rund 1,26 Mio. Menschen betroffen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Quote um 1,0 Prozentpunkte an und bundesweit um 0,4 Prozentpunkte auf 15,9 %. Auch im mittelfristigen Vergleich gegenüber 2014 nahm die Quote in Niedersachsen (+0,7 Prozentpunkte) wie in fast allen Ländern zu, im Bundesdurchschnitt um 0,5 Prozentpunkte. Nur in 4 Ländern gingen die Quoten leicht zurück.

### ■ Armutsgefährdungsquoten 2019 insgesamt sowie nach Merkmalen – Prozent –



Zwar nahm in Niedersachsen bei fast allen Altersgruppen und Haushaltstypen die Armutsgefährdung 2019 im Vergleich zu 2018 zu, besonders deutlich zeigte sich der Anstieg jedoch bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Mit einem Anstieg um 2,4 Prozentpunkte auf 21,7 % waren 2019 anteilig so viele Minderjährige wie noch nie seit Berechnung der Zahlen (2005) von Armut bedroht (Deutschland: 20,5 %, +0,4 Prozentpunkte).

Die Armutsgefährdung im Alter (65 Jahre und älter) nahm in Niedersachsen 2019 gegenüber 2018 ebenfalls überdurchschnittlich um 1,2 Prozentpunkte zu (Deutschland: 1,0 Prozentpunkte). Unter den älteren Menschen waren 2019 somit 15,4 % armutsgefährdet. Auch die seit 2016 gesunkene Quote bei Alleinerziehendenhaushalten mit unter 18-jährigen Kindern stieg 2019 in Niedersachsen wieder deutlich an – um 4,8 Prozentpunkte auf 43,5 % (Deutschland: 42,7 %, +1,2 Prozentpunkte).

## Weniger Personen in SGB II-Haushalten

## Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

T67

Auch im Corona-Jahr 2020 ging die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Haushalte mit Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) in Niedersachsen im Dezember verglichen mit dem Vorjahresmonat leicht um 0,1 % auf knapp 547 900 zurück. In 9 anderen Ländern stieg die Zahl dagegen, am stärksten in Bayern (+5,8 %) und Baden-Württemberg (+4,1 %). Bundesweit lebten im Dezember 2020 knapp 5,6 Mio. Menschen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, 0,9 % mehr als ein Jahr zuvor.

Der Anteil der Personen unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung lag in Niedersachsen im Dezember 2020 unverändert zum Vorjahresmonat bei 8,7 % (Deutschland: 8,5 %). Hingegen verringerte sich der Anteil aller minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 18 Jahren im selben Zeitraum in Niedersachsen von 14,3 % auf 13,9 % und in Deutschland von 13,7 % auf 13,5 %.

## Soziale Mindestsicherung

T68

### Deutlich weniger Menschen auf soziale Mindestsicherung angewiesen

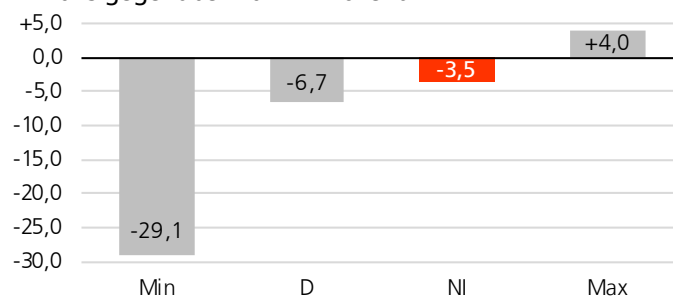
Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen waren. In Niedersachsen betraf dies Ende 2019 knapp 680 200 Personen bzw. 8,5 % der Bevölkerung. In den Ländern reichte die Spanne von 4,3 % in Bayern bis 17,3 % in Bremen; der Bundesdurchschnitt lag bei 8,3 %.

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (siehe Informationen).

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger ging 2019 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 4,8 % zurück. Auch in allen anderen Ländern sanken die Zahlen, bundesweit um 4,7 %. Ausschlaggebend für den in Niedersachsen seit 2011 höchsten Rückgang binnen eines Jahres war die Verringerung im SGB II-Bereich um fast 31 000 Regelleistungsberechtigte (-5,6 %). Rückläufige Zahlen gab es auch bei den Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (-3,8 %), der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (-7,9 %) und geringfügig bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (-0,5 %).

Auch im mittelfristigen Vergleich 2019 zu 2014 verringerte sich die Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden in Niedersachsen – und zwar um 3,5 % und damit weniger stark als in Deutschland insgesamt (-6,7 %).

#### ■ Veränderung der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



## Verbraucherinsolvenzen

T69

### Verbraucherinsolvenzen stark rückläufig

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging 2020 in Niedersachsen und Deutschland insgesamt das 10. Jahr in Folge zurück. In Niedersachsen lag 2020 die Zahl mit 6 762 Insolvenzen um mehr als ein Viertel (-26,9 %) niedriger als 2019; deutschlandweit betrug der Rückgang sogar ein Drittel (-33,3 %). Die Quote der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verringerte sich 2020 in Niedersachsen um 3,1 auf 8,5; trotzdem war das im Ländervergleich wie im Vorjahr der zweithöchste Wert hinter Bremen (9,4). Der Bundesdurchschnitt betrug 5,0 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der merkliche Rückgang der Insolvenzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern ist mutmaßlich auf das seit Oktober 2020 geltende Gesetz zur schrittweisen Verkürzung von Restschuldbefreiungsverfahren zurückzuführen. Mit Einführung dieses Gesetzes geht eine Reduzierung der Wohlverhaltensphase von 6 auf 3 Jahre einher. Viele überschuldete Privatpersonen haben vermutlich diese Gesetzesänderung abgewartet und werden nun erst nach und nach einen Insolvenzantrag stellen.

## Pflegebedürftige

T70

### Weiter steigende Zahl an Pflegebedürftigen

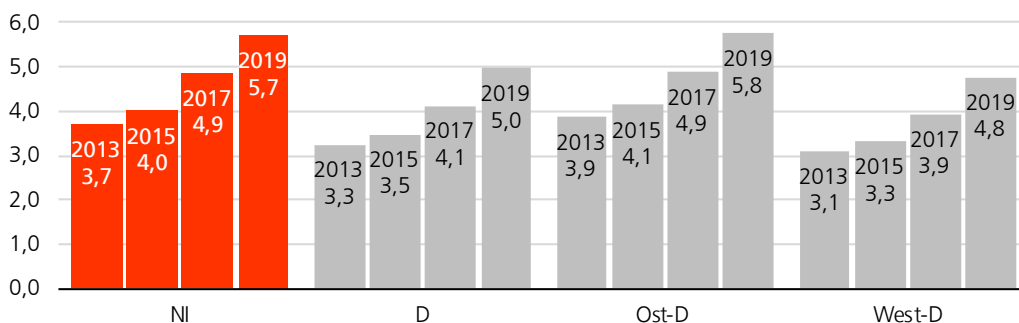
Im Jahr 2019 waren in Niedersachsen gut 456 000 Menschen pflegebedürftig, darunter 62,4 % Frauen. Gegenüber 2017 entsprach dies einer Zunahme um 17,8 % und gegenüber 2013 um 58,3 %. Bundesweit gab es gut 4,1 Mio. Pflegebedürftige, was einer Zunahme

me gegenüber 2017 um mehr als ein Fünftel (+20,9 %) und gegenüber 2013 um 57,2 % entsprach.

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. So dass u. a. Demenz-Erkrankte die gleichen Pflegeleistungen erhalten können wie körperlich Pflegebedürftige. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

In Niedersachsen wurde 2019 der größte Teil der Pflegebedürftigen (51,3 %) zu Hause von Angehörigen versorgt (Deutschland: 51,3 %), knapp ein Viertel (22,9 %) lebte mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen vier Wänden (Deutschland: 23,8 %) und 21,2 % waren vollstationär in Pflegeeinrichtungen untergebracht (Deutschland: 19,8 %).

**■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern  
2019, 2017, 2015 und 2013 – Prozent –**



Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2019 gegenüber 2017 in Niedersachsen um 0,8 Prozentpunkte auf 5,7 %. Dies war die höchste Quote unter den westdeutschen Ländern (Westdeutschland: 4,8 %); in den 5 ostdeutschen Flächenländern fielen die Quoten jedoch höher aus. Den niedrigsten Wert wies 2019 Bayern mit einer Quote von 3,7 % auf. Deutschlandweit lag die Pflegequote bei 5,0 %.

**Pflegequote**  
T70

Die Quoten werden durch die unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern beeinflusst. Die steigende Lebenserwartung und das Geburtendefizit tragen zu einem höheren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung bei. Dies führt sowohl zu einem absoluten Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen als auch zu einer Erhöhung der Quote.

**Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen weiter rückläufig**

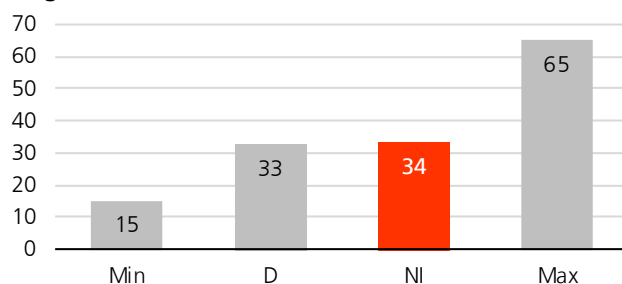
Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

**Vorläufige Schutzmaßnahmen**  
T71

Im Jahr 2020 ging die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen gegenüber 2019 um 9,1 % auf 4 506 zurück. Bundesweit betrug die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen gut 45 400, was einem Rückgang von 8,2 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Auf 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen in Niedersachsen 34 Schutzmaßnahmen; im Bundesdurchschnitt waren es 33. Den niedrigsten Wert verzeichnete Bayern (15) und den höchsten Bremen (65).

Mehr als die Hälfte (52,3 %) der vorläufigen Schutzmaßnahmen betraf 2020 in Niedersachsen Kinder und Jugendliche zwischen 14 und unter 18 Jahren (Deutschland: 54,2 %). Zwischen 6 und unter 14 Jahren waren 29,8 % (Deutschland: 27,4 %) und unter 6 Jahren

### ■ Vorläufige Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2020 – Anzahl –



18,0 % (Deutschland: 18,4 %) von vorläufigen Schutzmaßnahmen betroffen. Der häufigste Anlass für eine vorläufige Schutzmaßnahme in Niedersachsen war wie in den Vorjahren die „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ (45,9 %; Deutschland: 40,7 %). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich weder die Verteilung der Maßnahme-Anlässe (z. B. Überforderung, Misshandlung, Vernachlässigung) noch der Maßnahme-Anregenden (z. B. Jugendamt, Kind/Jugendliche selbst, Elternteil, Polizei, Schule) durch die Corona-Pandemie mit den verbundenen Lockdowns und Schulschließungen wesentlich verändert.

### Schwangerschaftsabbrüche

T72

#### Mehr Schwangerschaftsabbrüche als im Vorjahr

Im Jahr 2020 wurden bei Frauen aus Niedersachsen 8 627 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen und somit 5,0 % mehr als im Jahr zuvor. Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche bei gut 99 900, was einem Rückgang um 0,9 % gegenüber 2019 entsprach. Bei Minderjährigen aus Niedersachsen wurden 259 Abbrüche vorgenommen, was einem Anteil von 3,0 % an allen Eingriffen entsprach (Deutschland: 2,7 %).

Wird die Zahl der Abbrüche auf die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen, verringern sich die demographischen Effekte. In Niedersachsen kamen 2020 auf 1 000 Lebendgeborene 116 Schwangerschaftsabbrüche; 5 Jahre zuvor waren es 115. Bundesweit lag 2020 die Zahl der Abtreibungen mit 128 je 1 000 Lebendgeborene unter dem Wert von 2015 (139). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2020 wie in den Vorjahren nur in Rheinland-Pfalz (85), Baden-Württemberg (94) und Bayern (97). Die höchsten Werte wurden in Berlin (253) und Sachsen-Anhalt (203) registriert.

### Straftaten

T73

#### Zahl der Straftaten zurückgegangen – weniger Wohnungseinbruchdiebstähle

Die Polizei registrierte 2020 in Niedersachsen knapp 497 200 Straftaten, 1,9 % weniger als im Vorjahr (knapp 506 600). Bundesweit wurde ein Rückgang um 2,3 % auf rund 5,31 Mio. Straftaten verzeichnet. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 6 219 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 386). Gleichzeitig lag die Aufklärungsquote in Niedersachsen mit 64,3 % über dem Bundesdurchschnitt von 58,4 % und erreichte damit den bisherigen Höchstwert seit Ausweisung der Zahlen 1990. In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus und die Aufklärungsquoten mit teilweise unter 50 % am niedrigsten.

Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

### Wohnungseinbruchdiebstahl

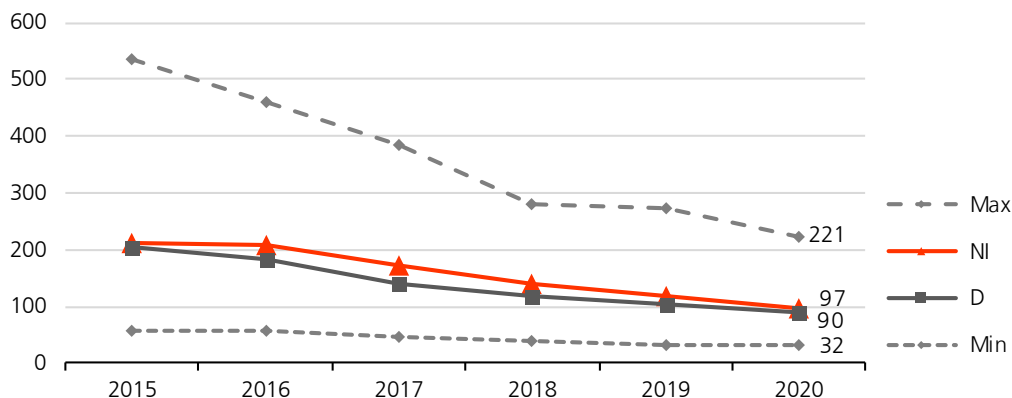
T73

Insgesamt wurden 2020 in Niedersachsen 7 738 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl erfasst. Der rückläufige Trend der vergangenen Jahre setzte sich weiter fort; 2020 gab es gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Rückgang von 18,2 %. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport sieht dafür mehrere mögliche Gründe: weniger Tatgelegenheiten durch den Lockdown und das vermehrte Homeoffice, die kontinuierlichen Polizei-

kontrollen, bessere bauliche Sicherungsmaßnahmen sowie die intensivere polizeiliche Zusammenarbeit.

Deutschlandweit ging die Zahl der Einbrüche 2020 um 13,9 % auf gut 75 000 zurück. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2020 in Niedersachsen 97 Wohnungseinbruchdiebstähle (Vorjahr: 118), in Deutschland insgesamt 90 (Vorjahr: 105). Am höchsten waren die Werte 2020 in den Stadtstaaten Bremen (221), Berlin (193) und Hamburg (186), am niedrigsten in Bayern (32) und Baden-Württemberg (42).

**Wohnungseinbruchdiebstähle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2015 bis 2020 – Anzahl –**



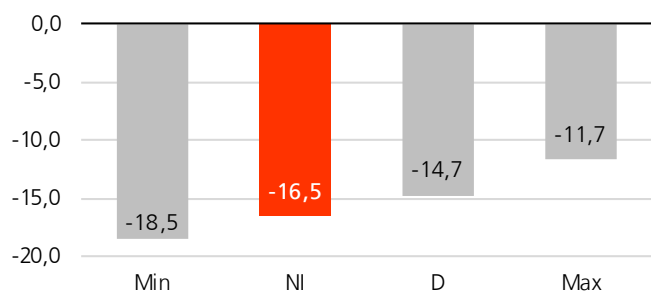
**Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr auf historisches Tief gesunken**

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 16,5 % auf rund 35 300 deutlich gesunken und erreichte damit ein historisches Tief. Bundesweit verunglückten knapp 330 300 Personen und damit 14,7 % weniger als 2019. Der deutliche Rückgang 2020 ist insbesondere auf das pandemiebedingte niedrigere Verkehrsaufkommen mit Personenkraftwagen (Pkw) zurückzuführen; die Zahl der Pkw-Verunglückten nahm in Niedersachsen um 22,7 % und in Deutschland um 23,3 % ab. Bei den Fahrradfahrenden lag die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen mit 9 415 ebenfalls unter der Vorjahreszahl (-4,3 %; Deutschland: +5,6 % auf 92 273).

**Verunglückte im Straßenverkehr**

T74

**Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2020 gegenüber 2019 – Prozent –**



Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2020 insgesamt 442 Verunglückte im Straßenverkehr. Nur in Schleswig-Holstein (481) und Bremen (462) fiel der Wert höher aus (Deutschland: 397). Im Vergleich zum Vorjahr und zu 2015 verringerte sich die Quote sowohl in Niedersachsen (-87,9 bzw. -110,1) als auch in Deutschland insgesamt (-68,9 bzw. -89,9). Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2020 in Niedersachsen mit insgesamt 369 Opfern um 14,6 % niedriger als im Vorjahr und erreichte damit ebenfalls ein historisches Tief. Bundesweit verunglückten 2 719 Menschen tödlich, was einem Rückgang um 10,7 % entsprach.

Informationen:

- **Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)
- **SGB II-Leistungen:** Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende](#), Eckwerte bzw. Strukturen
- Bundesagentur für Arbeit: Statistiken – [Themen im Fokus – Familien und Kinder](#): Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)
- **Verbraucherinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten](#). Insolvenzen (Fachserie 2 Reihe 4.1)
- LSN: Themenbereich Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen: Statistische Berichte – [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- **Pflegebedürftige:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Pflege](#): Pflegebedürftige - Ländervergleich
- **Vorläufige Schutzmaßnahmen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Soziales – Kinderschutz: [Kinder und Jugendhilfe - Vorl. Schutzmaßnahmen](#)
- LSN: Themenbereich Soziales. Statistische Berichte: [K Sozialleistungen](#): K I 3. Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen
- **Schwangerschaftsabbrüche:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Schwangerschaftsabbrüche](#). (Fachserie 12 Reihe 3)
- **Straftaten:** [Bundeskriminalamt](#): [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#): PKS 2020 - PKS-Tabellen: Länder - Falltabellen
- **Verunglückte im Straßenverkehr:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verkehrsunfälle - jährlich](#). Zeitreihen (siehe Tab. 3.2(5)(6) sowie 3.4)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Unfallatlas](#)
- LSN: [Themenbereich Verkehr](#): 46241 - Statistik der Straßenverkehrsunfälle – Unfälle mit Fahrradbeteiligung

Autor: Arne Lehmann

# Tabellen Soziales und Sicherheit

## 66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit <sup>1)</sup>			In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten	
				unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter					2019/2014 <sup>2)</sup>	2019/2018
	2014	2018	2019			€	Prozentpunkte				
			%								
Baden-Württemberg	15,0	15,2	15,6	19,1	18,2	30,9	42,5	49,2	1 167	+0,6	+0,4
Bayern	14,8	14,5	14,7	16,4	22,0	28,8	42,4	50,3	1 155	-0,1	+0,2
Berlin	14,1	16,5	17,8	22,6	13,4	33,5	34,7	58,3	1 045	+3,7	+1,3
Brandenburg	13,4	13,1	13,3	17,9	10,4	[u]	40,8	67,3	1 030	-0,1	+0,2
Bremen	17,3	17,6	18,5	31,5	10,6	41,3	43,2	50,0	975	+1,2	+0,9
Hamburg	18,0	18,4	17,9	22,3	18,1	36,7	37,3	62,2	1 145	-0,1	-0,5
Hessen	15,9	16,9	17,0	23,1	17,0	34,1	44,9	53,5	1 095	+1,1	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	12,0	14,2	13,4	15,2	8,3	[u]	37,5	58,0	937	+1,4	-0,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>15,3</b>	<b>15,0</b>	<b>16,0</b>	<b>21,7</b>	<b>15,4</b>	<b>40,8</b>	<b>43,5</b>	<b>57,5</b>	<b>1 049</b>	<b>+0,7</b>	<b>+1,0</b>
Nordrhein-Westfalen	16,2	16,6	17,0	23,1	15,2	38,7	43,3	58,0	1 042	+0,8	+0,4
Rheinland-Pfalz	16,7	16,5	16,5	20,7	19,1	36,9	48,3	60,3	1 100	-0,2	[n]
Saarland	16,1	16,0	17,1	22,6	18,5	40,2	47,9	58,3	1 076	+1,0	+1,1
Sachsen	11,6	12,3	12,5	15,0	7,9	[u]	29,6	65,4	968	+0,9	+0,2
Sachsen-Anhalt	14,1	14,0	14,8	21,2	8,5	[u]	38,3	67,8	958	+0,7	+0,8
Schleswig-Holstein	15,4	15,9	15,9	21,5	14,8	48,3	43,9	56,8	1 113	+0,5	[n]
Thüringen	11,6	11,9	12,4	16,5	8,3	[u]	32,3	52,6	966	+0,8	+0,5
<b>Deutschland</b>	<b>15,4</b>	<b>15,5</b>	<b>15,9</b>	<b>20,5</b>	<b>15,7</b>	<b>35,2</b>	<b>42,7</b>	<b>57,9</b>	<b>1 074</b>	<b>+0,5</b>	<b>+0,4</b>
Westdeutschland	16,0	16,1	16,4	21,3	17,5	35,5	44,6	56,4	1 100	+0,4	+0,3
Ostdeutschland	12,6	13,4	13,8	17,7	9,3	38,2	33,9	60,3	986	+1,2	+0,4

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe im Berichtsjahr 2016 sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

## 67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften<sup>1)</sup>

Land	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (Dezember)				Darunter sonstige Personen <sup>2)</sup>	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen <sup>3)</sup>			Anteil minderjähriger Kinder in BG an der Bevölkerung <sup>4)</sup>	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt	
	2015	2019	2020			2015	2019	2020		2020/2015	2020/2019
	Anzahl							%			
Baden-Württemberg	447 127	431 803	449 687	21 521	5,1	4,8	5,0	8,1	+0,6	+4,1	
Bayern	436 330	395 354	418 355	24 868	4,2	3,8	4,0	6,4	-4,1	+5,8	
Berlin	571 560	486 091	501 591	18 745	20,0	16,3	16,8	26,8	-12,2	+3,2	
Brandenburg	226 659	164 761	158 433	9 201	11,8	8,6	8,2	11,5	-30,1	-3,8	
Bremen	100 366	99 964	101 339	4 359	18,9	18,4	18,7	31,5	+1,0	+1,4	
Hamburg	187 806	181 266	191 400	8 433	12,9	11,9	12,5	19,8	+1,9	+5,6	
Hessen	429 089	401 546	415 447	17 807	8,7	8,0	8,3	13,7	-3,2	+3,5	
Mecklenburg-Vorpommern	174 809	125 765	119 873	8 741	14,0	10,3	9,9	14,1	-31,4	-4,7	
<b>Niedersachsen</b>	<b>586 487</b>	<b>548 510</b>	<b>547 895</b>	<b>30 509</b>	<b>9,4</b>	<b>8,7</b>	<b>8,7</b>	<b>13,9</b>	<b>-6,6</b>	<b>-0,1</b>	
Nordrhein-Westfalen	1 679 855	1 614 332	1 618 495	70 223	11,8	11,3	11,4	18,3	-3,7	+0,3	
Rheinland-Pfalz	229 729	220 285	223 655	12 875	7,1	6,8	6,9	11,4	-2,6	+1,5	
Saarland	82 993	83 171	83 195	3 502	10,7	11,0	11,0	18,9	+0,2	+0,0	
Sachsen	356 295	259 523	252 102	16 477	11,6	8,6	8,4	11,4	-29,2	-2,9	
Sachsen-Anhalt	257 908	198 259	186 095	13 402	15,2	12,2	11,6	17,2	-27,8	-6,1	
Schleswig-Holstein	224 121	208 868	207 396	10 975	10,1	9,3	9,2	14,6	-7,5	-0,7	
Thüringen	166 146	127 975	121 932	8 407	10,0	8,0	7,7	11,7	-26,6	-4,7	
<b>Deutschland</b>	<b>6 157 280</b>	<b>5 547 473</b>	<b>5 596 890</b>	<b>280 045</b>	<b>9,4</b>	<b>8,4</b>	<b>8,5</b>	<b>13,5</b>	<b>-9,1</b>	<b>+0,9</b>	
Westdeutschland	4 403 903	4 185 099	4 256 864	205 072	8,3	7,8	8,0	12,9	-3,3	+1,7	
Ostdeutschland	1 753 377	1 362 374	1 340 026	74 973	14,1	11,0	10,9	16,1	-23,6	-1,6	

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht-erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2019.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II, Stand: Juni 2021; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2021

### 68. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung <sup>1)</sup> insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt	
				insgesamt			männlich	weiblich		
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019		2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	555 997	586 407	563 782	5,2	5,3	5,1	5,2	5,0	+1,4	-3,9
Bayern	578 878	600 409	568 749	4,6	4,6	4,3	4,4	4,2	-1,7	-5,3
Berlin	660 634	612 398	586 856	19,0	16,8	16,0	16,8	15,2	-11,2	-4,2
Brandenburg	266 335	217 825	200 227	10,8	8,7	7,9	8,6	7,3	-24,8	-8,1
Bremen	114 163	119 168	117 871	17,2	17,4	17,3	17,6	17,0	+3,2	-1,1
Hamburg	232 743	239 065	232 868	13,2	13,0	12,6	12,9	12,3	+0,1	-2,6
Hessen	528 217	543 127	516 248	8,7	8,7	8,2	8,3	8,1	-2,3	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	207 838	162 912	147 334	13,0	10,1	9,2	10,0	8,4	-29,1	-9,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>704 657</b>	<b>714 194</b>	<b>680 185</b>	<b>9,0</b>	<b>8,9</b>	<b>8,5</b>	<b>8,7</b>	<b>8,3</b>	<b>-3,5</b>	<b>-4,8</b>
Nordrhein-Westfalen	1 959 939	2 017 535	1 948 653	11,1	11,3	10,9	11,1	10,7	-0,6	-3,4
Rheinland-Pfalz	277 828	287 580	275 584	6,9	7,0	6,7	6,8	6,6	-0,8	-4,2
Saarland	94 350	102 085	98 132	9,5	10,3	9,9	10,3	9,6	+4,0	-3,9
Sachsen	414 856	327 263	298 989	10,2	8,0	7,3	7,9	6,8	-27,9	-8,6
Sachsen-Anhalt	298 382	238 823	219 530	13,3	10,8	10,0	10,7	9,3	-26,4	-8,1
Schleswig-Holstein	269 157	275 913	262 776	9,5	9,5	9,0	9,4	8,7	-2,4	-4,8
Thüringen	192 990	159 013	146 122	8,9	7,4	6,8	7,2	6,5	-24,3	-8,1
<b>Deutschland</b>	<b>7 356 964</b>	<b>7 203 717</b>	<b>6 863 906</b>	<b>9,1</b>	<b>8,7</b>	<b>8,3</b>	<b>8,5</b>	<b>8,0</b>	<b>-6,7</b>	<b>-4,7</b>
Westdeutschland	5 315 929	5 485 483	5 264 848	8,2	8,2	7,9	8,0	7,7	-1,0	-4,0
Ostdeutschland	2 041 035	1 718 234	1 599 058	12,8	10,6	9,9	10,5	9,2	-21,7	-6,9

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

### 69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	6 735	5 234	3 704	6,2	4,7	3,3	-45,0	-29,2
Bayern	8 093	5 381	3 731	6,4	4,1	2,8	-53,9	-30,7
Berlin	3 455	3 129	1 804	9,9	8,6	4,9	-47,8	-42,3
Brandenburg	3 121	2 481	1 692	12,7	9,9	6,7	-45,8	-31,8
Bremen	1 082	822	636	16,3	12,0	9,4	-41,2	-22,6
Hamburg	2 228	1 612	858	12,6	8,7	4,6	-61,5	-46,8
Hessen	4 991	3 684	2 511	8,2	5,9	4,0	-49,7	-31,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 735	1 550	1 002	10,8	9,6	6,2	-42,2	-35,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>11 220</b>	<b>9 247</b>	<b>6 762</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>8,5</b>	<b>-39,7</b>	<b>-26,9</b>
Nordrhein-Westfalen	20 908	15 797	10 147	11,8	8,8	5,7	-51,5	-35,8
Rheinland-Pfalz	3 389	2 742	1 753	8,4	6,7	4,3	-48,3	-36,1
Saarland	1 514	1 103	665	15,3	11,2	6,8	-56,1	-39,7
Sachsen	3 628	2 982	2 011	8,9	7,3	4,9	-44,6	-32,6
Sachsen-Anhalt	2 800	2 355	1 633	12,6	10,7	7,5	-41,7	-30,7
Schleswig-Holstein	3 569	3 073	1 859	12,6	10,6	6,4	-47,9	-39,5
Thüringen	1 678	1 440	985	7,8	6,7	4,6	-41,3	-31,6
<b>Deutschland</b>	<b>80 146</b>	<b>62 632</b>	<b>41 753</b>	<b>9,8</b>	<b>7,5</b>	<b>5,0</b>	<b>-47,9</b>	<b>-33,3</b>
Westdeutschland	63 729	48 695	32 626	9,7	7,3	4,9	-48,8	-33,0
Ostdeutschland	16 417	13 937	9 127	10,3	8,6	5,6	-44,4	-34,5



## 70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt <sup>1)</sup>			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2013	2017	2019		2019	2013	2017	2019	2019/2013
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	298 769	398 612	471 913	62,1	2,8	3,6	4,3	+58,0	+18,4
Bayern	329 016	399 357	491 996	62,1	2,6	3,1	3,7	+49,5	+23,2
Berlin	112 509	135 680	158 482	61,2	3,3	3,8	4,3	+40,9	+16,8
Brandenburg	102 953	132 426	153 971	61,5	4,2	5,3	6,1	+49,6	+16,3
Bremen	22 564	28 998	34 576	63,2	3,4	4,3	5,1	+53,2	+19,2
Hamburg	49 566	63 145	77 325	62,5	2,8	3,4	4,2	+56,0	+22,5
Hessen	205 126	261 757	310 653	62,7	3,4	4,2	4,9	+51,4	+18,7
Mecklenburg-Vorpommern	72 445	91 029	102 996	62,0	4,5	5,7	6,4	+42,2	+13,1
<b>Niedersachsen</b>	<b>288 296</b>	<b>387 293</b>	<b>456 255</b>	<b>62,4</b>	<b>3,7</b>	<b>4,9</b>	<b>5,7</b>	<b>+58,3</b>	<b>+17,8</b>
Nordrhein-Westfalen	581 492	769 132	964 987	62,8	3,3	4,3	5,4	+66,0	+25,5
Rheinland-Pfalz	117 910	161 164	202 708	62,7	3,0	4,0	5,0	+71,9	+25,8
Saarland	34 102	45 582	55 318	63,0	3,4	4,6	5,6	+62,2	+21,4
Sachsen	149 461	204 797	250 812	62,5	3,7	5,0	6,2	+67,8	+22,5
Sachsen-Anhalt	92 416	110 624	129 672	62,3	4,1	5,0	5,9	+40,3	+17,2
Schleswig-Holstein	82 692	109 162	130 349	60,6	2,9	3,8	4,5	+57,6	+19,4
Thüringen	86 889	115 620	135 592	61,7	4,0	5,4	6,4	+56,1	+17,3
<b>Deutschland</b>	<b>2 626 206</b>	<b>3 414 378</b>	<b>4 127 605</b>	<b>62,3</b>	<b>3,3</b>	<b>4,1</b>	<b>5,0</b>	<b>+57,2</b>	<b>+20,9</b>
Westdeutschland	2 009 533	2 624 202	3 196 080	62,4	3,1	3,9	4,8	+59,0	+21,8
Ostdeutschland	616 673	790 176	931 525	61,9	3,9	4,9	5,8	+51,1	+17,9

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

## 71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Anteil männlich <sup>1)</sup>	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche <sup>2)</sup>			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2015	2019 <sup>3)</sup>	2020 <sup>3)</sup>		2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	8 367	4 752	4 287	52,8	45	25	23	-48,8	-9,8
Bayern	15 295	3 755	3 342	52,8	72	17	15	-78,1	-11,0
Berlin	2 990	2 309	1 888	56,6	54	38	31	-36,9	-18,2
Brandenburg	2 030	1 846	1 803	54,4	54	46	45	-11,2	-2,3
Bremen	1 145	853	733	58,4	108	77	65	-36,0	-14,1
Hamburg	1 940	1 634	1 440	53,3	67	53	46	-25,8	-11,9
Hessen	7 056	4 116	4 061	54,5	69	39	38	-42,4	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 271	1 280	1 246	53,5	54	52	51	-2,0	-2,7
<b>Niedersachsen</b>	<b>5 842</b>	<b>4 957</b>	<b>4 506</b>	<b>50,8</b>	<b>44</b>	<b>37</b>	<b>34</b>	<b>-22,9</b>	<b>-9,1</b>
Nordrhein-Westfalen	16 649	13 503	12 308	52,9	56	45	41	-26,1	-8,8
Rheinland-Pfalz	1 677	1 681	1 566	53,1	26	25	23	-6,6	-6,8
Saarland	1 638	704	628	46,5	114	48	43	-61,7	-10,8
Sachsen	4 104	3 054	2 710	52,5	67	47	42	-34,0	-11,3
Sachsen-Anhalt	1 433	1 259	1 401	51,3	46	39	43	-2,2	+11,3
Schleswig-Holstein	4 026	2 456	2 222	57,1	86	52	47	-44,8	-9,5
Thüringen	2 182	1 351	1 303	52,0	69	42	40	-40,3	-3,6
<b>Deutschland</b>	<b>77 645</b>	<b>49 510</b>	<b>45 444</b>	<b>53,2</b>	<b>58</b>	<b>36</b>	<b>33</b>	<b>-41,5</b>	<b>-8,2</b>
Westdeutschland	63 635	38 411	35 093	53,1	58	34	31	-44,9	-8,6
Ostdeutschland	14 010	11 099	10 351	53,5	58	44	41	-26,1	-6,7

1) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

3) Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen sind möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

## 72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	10 667	10 145	10 208	106	93	94	-11,2	+1,5
Bayern	11 821	12 131	12 487	100	95	97	-3,0	+2,5
Berlin	8 494	9 645	9 790	223	244	253	+13,3	+3,6
Brandenburg	3 283	3 352	3 366	172	173	177	+3,1	+2,2
Bremen	1 544	1 219	1 334	237	171	191	-19,3	+12,3
Hamburg	2 939	3 573	3 347	149	171	164	+10,2	-4,0
Hessen	8 087	8 122	7 974	142	135	134	-5,5	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 614	2 309	2 313	197	183	192	-2,4	+4,9
<b>Niedersachsen</b>	<b>7 727</b>	<b>8 220</b>	<b>8 627</b>	<b>115</b>	<b>112</b>	<b>116</b>	<b>+1,2</b>	<b>+3,8</b>
Nordrhein-Westfalen	20 783	21 552	20 705	130	126	122	-6,0	-3,7
Rheinland-Pfalz	3 984	3 592	3 213	114	97	85	-25,1	-11,6
Saarland	1 196	1 242	1 351	159	155	166	+4,0	+6,8
Sachsen	5 083	5 160	5 084	139	150	152	+9,3	+1,8
Sachsen-Anhalt	3 566	3 346	3 276	205	201	203	-0,7	+1,0
Schleswig-Holstein	3 139	3 261	3 294	133	132	135	+1,3	+2,1
Thüringen	3 200	2 935	2 997	178	176	187	+5,0	+6,3
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>	<b>99 237</b>	<b>100 893</b>	<b>99 948</b>	<b>139</b>	<b>128</b>	<b>128</b>	<b>-7,5</b>	<b>+0,3</b>
Westdeutschland	71 887	73 057	72 540	121	114	114	-5,8	-0,6
Ostdeutschland	26 240	26 747	26 826	184	192	198	+7,5	+3,2

1) Inkl. nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze. In den Summen für West- und Ostdeutschland sind nicht zuzuordnende Wohnsitze und Auslandswohnsitze nicht enthalten.

## 73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl <sup>1)</sup>		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	erfasste Fälle			Häufigkeitszahl <sup>2)</sup>	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl <sup>2)</sup>		
	2015	2019	2020					2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	617 365	573 813	538 566	4 852	64,0	4 696	42	-12,8	-6,1
Bayern	805 915	603 464	594 243	4 528	68,1	4 181	32	-26,3	-1,5
Berlin	569 550	513 426	504 142	13 739	46,1	7 070	193	-11,5	-1,8
Brandenburg	188 264	171 828	162 941	6 461	56,4	2 488	99	-13,5	-5,2
Bremen	91 237	78 228	80 869	11 872	51,5	1 506	221	-11,4	+3,4
Hamburg	243 959	210 832	203 526	11 018	47,7	3 442	186	-16,6	-3,5
Hessen	403 188	364 833	342 423	5 446	65,5	5 165	82	-15,1	-6,1
Mecklenburg-Vorpommern	117 261	111 329	105 932	6 587	62,9	786	49	-9,7	-4,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>568 470</b>	<b>506 582</b>	<b>497 158</b>	<b>6 219</b>	<b>64,3</b>	<b>7 738</b>	<b>97</b>	<b>-12,5</b>	<b>-1,9</b>
Nordrhein-Westfalen	1 517 448	1 227 929	1 215 763	6 774	52,8	24 780	138	-19,9	-1,0
Rheinland-Pfalz	273 491	241 529	230 304	5 626	66,2	2 627	64	-15,8	-4,6
Saarland	77 993	74 719	68 400	6 931	57,8	1 371	139	-12,3	-8,5
Sachsen	314 861	271 796	272 588	6 694	58,7	2 831	70	-13,4	+0,3
Sachsen-Anhalt	198 809	173 347	177 904	8 106	54,1	2 125	97	-10,5	+2,6
Schleswig-Holstein	202 598	183 445	173 929	5 990	55,8	3 268	113	-14,2	-5,2
Thüringen <sup>3)</sup>	140 240	129 301	141 933	6 653	63,5	949	44	+1,2	[x]
<b>Deutschland</b>	<b>6 330 649</b>	<b>5 436 401</b>	<b>5 310 621</b>	<b>6 386</b>	<b>58,4</b>	<b>75 023</b>	<b>90</b>	<b>-16,1</b>	<b>-2,3</b>
Westdeutschland	4 801 664	4 065 374	3 945 181	5 891	59,9	58 774	88	-17,8	-3,0
Ostdeutschland	1 528 985	1 371 027	1 365 440	8 429	54,0	16 249	100	-10,7	-0,4

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2019.

3) Technisch bedingter Rückgang der Fallzahlen 2019 durch Umstellung der IT-Verfahren auf ein neues System, ein Vergleich mit anderen Jahresergebnissen ist daher nicht sinnvoll.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand April 2021

## 74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 618	47 240	39 950	451,1	426,1	359,8	-17,8	-15,4
Bayern	71 775	67 620	57 663	563,2	516,3	439,4	-19,7	-14,7
Berlin	17 840	17 811	15 376	511,9	487,6	419,8	-13,8	-13,7
Brandenburg	11 004	11 979	10 301	446,5	476,1	408,0	-6,4	-14,0
Bremen	4 035	3 852	3 138	608,0	563,8	461,8	-22,2	-18,5
Hamburg	10 103	9 296	7 909	570,7	504,3	428,6	-21,7	-14,9
Hessen	28 348	27 497	22 557	463,5	438,2	358,7	-20,4	-18,0
Mecklenburg-Vorpommern	7 023	7 001	6 105	438,8	435,1	379,3	-13,1	-12,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>43 399</b>	<b>42 348</b>	<b>35 343</b>	<b>552,1</b>	<b>529,9</b>	<b>442,0</b>	<b>-18,6</b>	<b>-16,5</b>
Nordrhein-Westfalen	76 782	78 268	67 110	434,2	436,5	374,3	-12,6	-14,3
Rheinland-Pfalz	19 291	18 710	16 461	479,7	457,5	402,2	-14,7	-12,0
Saarland	5 236	4 761	4 009	529,3	481,8	407,1	-23,4	-15,8
Sachsen	17 225	17 124	14 771	424,7	420,5	363,5	-14,2	-13,7
Sachsen-Anhalt	10 635	10 207	9 011	476,7	463,9	412,1	-15,3	-11,7
Schleswig-Holstein	16 485	15 945	13 983	580,3	549,8	481,1	-15,2	-12,3
Thüringen	9 092	7 617	6 582	421,9	356,4	309,7	-27,6	-13,6
<b>Deutschland</b>	<b>396 891</b>	<b>387 276</b>	<b>330 269</b>	<b>487,2</b>	<b>466,2</b>	<b>397,3</b>	<b>-16,8</b>	<b>-14,7</b>
Westdeutschland	324 072	315 537	268 123	495,0	471,8	400,5	-17,3	-15,0
Ostdeutschland	72 819	71 739	62 146	455,4	443,2	384,3	-14,7	-13,4